

Gesetzblatt

für die Freie Stadt Danzig

Nr. 31

Ausgegeben Danzig, den 1. Juli

1922

Inhalt. Gesetz, betr. Errichtung eines Amtsgerichts in Neuteich (S. 145). Gesetz, betr. die Ermächtigung des Senats zur Feststellung der Beendigung des Kriegszustandes im Sinne bestehender Gesetze (S. 145). Verordnung zur Änderung der Postscheckordnung vom 13. Mai 1921 (Gesetzblatt S. 53 ff) (S. 145). Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über Änderung von Gelbbeträgen in der Unfallversicherung vom 27. Mai 1922 (Gesetzblatt S. 124) (S. 146). Gesetz, betr. die weitere Abänderung des Artikels 215 des Danzig-polnischen Wirtschaftsabkommens vom 24. Oktober 1921 (S. 147). Berichtigung (S. 148).

74 Volkstag und Senat haben folgendes Gesetz beschlossen, welches hiermit verkündet wird:

Gesetz betr. Errichtung eines Amtsgerichts in Neuteich.

§ 1.

In der Stadt Neuteich wird ein Amtsgericht errichtet.

Den Gerichtsbezirk bildet der zum Amtsgericht Tiegenhof gehörige Teil des Kreises Großer Werder südlich der Landgemeinden Schöneberg, Schöensee, Reunhuben, Ladefopp, Tiege, Marienau, Groß Mausdorf, Wiedau, Wiedau, Lupuschorst und Horsterbusch.

§ 2.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes wird durch den Senat bestimmt.

Danzig, den 16. Juni 1922.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Sahn.

Dr. Frank.

75 Volkstag und Senat haben folgendes Gesetz beschlossen, welches hiermit verkündet wird:

Gesetz betreffend die Ermächtigung des Senats zur Feststellung der Beendigung des Kriegszustandes im Sinne bestehender Gesetze.

Einziger Paragraph.

Der Senat wird ermächtigt, festzustellen, wann im Sinne bestehender gesetzlicher Vorschriften der Kriegszustand als beendet anzusehen ist.

Danzig, den 8. Juni 1922.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Sahn.

Dr. Frank.

76

Verordnung

zur Änderung der Postscheckordnung vom 13. Mai 1921 (Gesetzblatt S. 53 ff.).

Auf Grund des § 10 des Postscheckgesetzes vom 26. 3. 1914 (Reichsgesetzblatt S. 85) in der Fassung vom 30. 4. 1921 (Gesetzblatt S. 46) wird die Postscheckordnung vom 13. Mai 1921 Gesetzbl. S. 53 ff wie folgt geändert.

1. Im § 3 Abs. 1 Satz 1 wird statt „3000 Mark“ gesetzt: „5000 Mark“.
 2. Im § 8 Abs. 1 Satz 1 wird statt „3000 Mark“ gesetzt: „5000 Mark“.
 3. Im § 9 Abs. 1 wird statt „20 000 Mark“ gesetzt: „50 000 Mark“.
 4. Im § 9 Abs. 8 Unterabsatz 2 Satz 1 wird statt „3000 Mark“ gesetzt: „5000 Mark“.
 5. Im § 9 Abs. 10 Satz 1 wird statt „3000 Mark“ gesetzt: „5000 Mark“.
 6. Im § 9 Abs. 10 Unterabsatz 2 Satz 1 wird statt „3000 Mark“ gesetzt: „5000 Mark“.
- Die Änderungen treten am 1. Juli 1922 in Kraft.

Danzig, den 28. Juni 1922.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Salm.

Förster.

77

Ausführungsbestimmungen

zum Gesetz über Änderung von Geldbeträgen in der Unfallversicherung vom 27. Mai 1922 (Gesetzblatt S. 124).

Auf Grund des Artikels X des Gesetzes über Änderung von Geldbeträgen in der Unfallversicherung vom 27. Mai 1922 wird Folgendes bestimmt:

I.

Zu Artikel IV und V des Gesetzes.

1. § 612 Abs. 3 der Reichsversicherungsordnung in der neuen Fassung bezieht sich auf alle Zahlungen, die nach Maßgabe der §§ 726 ff. der Reichsversicherungsordnung erfolgen. Im übrigen erstreckt er sich auf solche Zahlungen, die auf Grund der Reichsversicherungsordnung von den Versicherungsträgern in bar geleistet werden, nicht also z. B. auf Zahlungen der Versicherungsträger im Wege des Postscheckverkehrs.
2. Bei einheitlicher Zahlung mehrerer gleich- oder verschiedenartiger Leistungen ist nicht jede Leistung besonders, sondern lediglich die Gesamtsumme auf volle Mark aufzurunden, insbesondere z. B. bei der Auszahlung
 - a) der vierteljährlich im voraus zu zahlenden Renten,
 - b) der Spitzrenten,
 - c) der Renten mit Zulagen,
 - d) der Witwen- mit Waisenrenten.
3. Die Aufrundung erfolgt durch die Versicherungsträger. An die Post wird nur die aufgerundete Summe angewiesen.
4. Die Post wird alle laufenden Anweisungen auf laufende Zahlungen vom 1. Juli 1922 ab ohne weiteres auf volle Mark aufrunden.
5. Die Umstellung, einschließlich Aufrundung, der Monatsrenten, die nach § 612 Abs. 1 und 3 der Reichsversicherungsordnung in der neuen Fassung von jetzt an vierteljährlich zu zahlen sind, erfolgt vom 1. Juli 1922 ab durch die Post selbständig, soweit nicht die Versicherungsträger ihrerseits abweichende Anweisungen erteilen.
6. Die Postanstalten sind in den Fällen der Ziffern 4 und 5 berechtigt, die alten Anweisungen der Versicherungsträger und die ihnen vorgelegten alten Quittungen der Empfänger entsprechend zu berichtigen.

II.

Zu Artikel IX Abs. 2 des Gesetzes.

1. Führt die Prüfung hinsichtlich der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes einer rechtskräftig festgestellten Rente zu einem dem Berechtigten günstigeren Ergebnis, so kann der Versicherungsträger die anderweite Berechnung der Rente dem Berechtigten zunächst durch formloses Schreiben mitteilen.

Erhebt der Berechtigte dagegen Einwendungen oder beantragt er es, so hat der Versicherungsträger ihm einen Bescheid zu erteilen.

2. Der Bescheid muß den Vermert erhalten, daß er endgültig wird, wenn der Berechtigte nicht binnen einem Monat nach seiner Zustellung Einspruch bei dem Oberversicherungsamt Danzig einlegt.

3. Der Bescheid ist dem Berechtigten zuzustellen. Die §§ 135, 136 der Reichsversicherungsordnung gelten entsprechend.

4. Gegen den Bescheid des Versicherungsträgers ist binnen einem Monat nach seiner Zustellung Einspruch an das Oberversicherungsamt (Spruchkammer) zulässig. Das Oberversicherungsamt entscheidet endgültig. § 1693 der Reichsversicherungsordnung gilt entsprechend.

5. Für die Einlegung des Einspruchs gelten § 124 Abs. 1, § 125, § 127, § 128 Abs. 2 und die §§ 129 bis 134 der Reichsversicherungsordnung entsprechend.

6. Für das Verfahren über den Einspruch gelten die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über das Spruchverfahren vor dem Versicherungsamt entsprechend, soweit nicht die §§ 1684 bis 1686 und §§ 1690 bis 1693 der Reichsversicherungsordnung etwas anderes vorschreiben.

7. Der Wegfall der alten und die Zahlung der neufestgestellten Entschädigungen werden gemäß den Ausführungsbestimmungen über die Zahlung der Unfallentschädigung vom 2. November 1912 und den sie abändernden Bestimmungen bei der Post angewiesen.

8. Führt die Prüfung hinsichtlich der Versicherungspflicht von Betriebsbeamten zu einem dem Berechtigten günstigeren Ergebnis, oder wird es von dem Berechtigten beantragt, so hat ihm der Versicherungsträger einen Bescheid gemäß § 1583 der Reichsversicherungsordnung zu erteilen.

Für das weitere Verfahren, den Einspruch, den Endbescheid und das Spruchverfahren gelten die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung.

Danzig, den 20. Juni 1922.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Sahm.

Dr. Schwartz.

78 Volkstag und Senat haben folgendes Gesetz beschlossen, daß hiermit verkündet wird:

G e s e t z

betr. die weitere Abänderung des Artikels 215 des Danzig-polnischen Wirtschaftsabkommens vom 24. Oktober 1921.

§ 1.

In Abänderung des Artikels 215 des Danzig-polnischen Abkommens vom 24. Oktober 1921 wird die Ausfuhr von Milch und Erzeugnissen aus Milch auch vom 1. Juli 1922 an bis zum 1. Oktober 1922 verboten.

Dieses Verbot erstreckt sich nicht auf den Mundvorrat, den reisende Personen für sich und ihre Familienangehörigen für den Zeitraum bis zu 1 Woche in angemessenem Umfang mit sich führen.

§ 2.

Der Senat ist ermächtigt, die zur ausreichenden Versorgung der Bevölkerung bei angemessenen Preisen notwendigen Mengen Vollmilch, Butter und Käse von den Produzenten, Käseereien und Molkereien anzufordern, nötigenfalls im Zwangswege heizutreiben und für etwaige überschießende Mengen von Molkereiprodukten auf Antrag kurzfristige und nicht übertragbare Ausfuhrgenehmigungen zu erteilen.

§ 3.

Die Käseereien und Molkereien sind verpflichtet, über die Milcheingänge, den Milchversand, die Verarbeitung und den Verbleib der Molkereierzeugnisse eine geordnete Buchführung zu führen.

Der Senat wird ermächtigt, die mit Milch und Molkereierzeugnissen handelnden Geschäfte, Käseereien, Molkereien und Kuhhalter prüfen zu lassen, Auskunft zu verlangen und Einsicht in die Bücher zu nehmen.

§ 4.

Zwiderhandlungen gegen dieses Gesetz werden mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit Geldstrafen bis zu 200 000 Mark bestraft. Der Versuch ist strafbar.

§ 5.

Milch oder Erzeugnisse aus Milch, die entgegen den Bestimmungen der §§ 1 und 2 aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig ausgeführt werden oder deren Ausfuhr versucht worden ist, sind ohne Entschädigung zugunsten der Freien Stadt für verfallen zu erklären, ohne Rücksicht darauf, ob eine strafbare Handlung vorliegt, oder ob die Gegenstände d.m. Täter gehören oder nicht. Die Verfallserklärung erfolgt durch Beschluß der vom Senat hierfür zuständig erklärten Stelle. Mit dem Beschluß geht das Eigentum an dem für verfallen erklärten Gegenstande mit samt der Verpackung oder dem Behältnis, in dem er sich befindet, frei von Rechten Dritter auf die Freie Stadt Danzig über. Der Senat kann dem schuldlosen Dritten aus Billigkeitsgründen Ersatz leisten.

§ 6.

Der Senat erläßt die näheren Bestimmungen zur Ausführung dieses Gesetzes.

§ 7.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Juli 1922 in Kraft.

Danzig, den 29. Juni 1922.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Sahm.

Dr. Eschert.

79

B e r i c h t i g u n g .

Auf Seite 134 im Gesetzblatt Nr. 28 muß die 2. Unterschrift nicht „Dr. Ziehm“ sondern „Ziehm“ lauten.